Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1932

12.9.1932 (No. 213)

Visual Library

Nr. 213 — Montag, den 12. September 1932 — 175. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 — Fernsprecher Nr. 953 und 954 — Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: E. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Am Beginn der entscheidenden Woche

Weiterhin ungeklärte Lage

In Berliner politischen Kreisen erwartet man von der neuen Woche die Entscheidung über die weitere innerpolitische Entwicklung. Am Anfang der Woche steht die **Regierungserklärung**, die der Kanzler am heutigen Montagnachmittag im Reichstag abgeben wird. Den Sonntag über ist an ihr noch gearbeitet worden. Wenn die Dinge im Reichstag programmmäßig verlaufen, schließt sich am morgigen Dienstag die **politische Aussprache** an, die man auf zwei, vielleicht drei Tage berechnet.

Ein etwas verworrenes Vorspiel zur Parlamentstagung hat die Frage des **Empfanges der drei Fraktionsführer** beim Reichspräsidenten geliefert. Die verschiedenen Mitteilungen, die hierzu am Samstagabend erschienen, haben die Situation noch unklarer gestaltet. Sicher ist nun, daß der Empfang am heutigen Montag nicht stattfindet. In gewissen politischen Kreisen sieht man den Grund für den Verzicht auf den Montagsempfang darin, daß die Parteien jetzt befürchten, es könnte schon gleich nach dieser Aussprache ein vollständiger Bruch offenbar und damit die Auflösung des Reichstages beschleunigt werden.

Interessant ist, daß der „Vorwärts" in seiner Sonntagausgabe bereits mit der Möglichkeit der Auflösung für Montagabend rechnet. Diese Auffassung ist bei normalem Ablauf der Entwicklung nicht richtig. Vielmehr glaubt man in politischen Kreisen, daß die **Auflösung erst Mitte der Woche** kommen wird, und zwar spricht die stärkste Wahrscheinlichkeit für Donnerstag, immer natürlich vorausgesetzt, daß nicht aus dem Reichstag heraus Überraschungen auftreten, die zu einer schnelleren Auflösung führen.

Heute kein Parteiführer-Empfang

Der **Empfang** der Führer des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Nationalsozialisten bei **Hindenburg**, der am heutigen Montagnachmittag 5 Uhr festgesetzt worden war, findet nun nicht statt. Am späten Abend des Samstag hat der **Reichstagspräsident** dem Büro des Reichspräsidenten mitgeteilt, daß der Besuch am Montag nicht möglich sei, und daß er verschoben werden möchte. Das ist dem Reichspräsidenten am Sonntagvormittag vorgetragen worden. Über einen neuen Zeitpunkt hat dieser eine Entschließung noch nicht gefaßt.

Zu nationalsozialistischen Behauptungen über gewisse Hintergründe des Empfanges teilt das Wolffbüro **amtlich** mit:

In einigen Zeitungen wird die Möglichkeit unterstellt, daß die **Reichsregierung** in unaufrichtiger Weise „die zum Ziele einer Verständigung gesuchte Aussprache beim Herrn Reichspräsidenten dazu benutzen wolle, um den Reichstag nachher (d. h. nach der Regierungserklärung) sofort aufzulösen, ohne ihm die Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben."

Diese bisherigen Gepflogenheiten in befremdender Weise widersprechende **Verdächtigung der Reichsregierung** muß auf das schärfste zurückgewiesen werden. Der Tatbestand ist folgender: Auf Wunsch mehrerer Mitglieder des Reichstagspräsidiums hatte der Herr Reichspräsident sich bereit erklärt, am Tage nach der Regierungserklärung Vertreter der Reichstagsfraktionen, die gemeinsam eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit bilden zu können glauben, zu einer Aussprache zu empfangen. Die **Reichsregierung** hatte diesen Wunsch bereitwilligst **befürwortet**. Der Zeitpunkt dieser Aussprache war von den Parteien, die beim Herrn Reichspräsidenten vorstellig geworden waren, selbst gewählt worden. Er ist der Reichsregierung völlig gleichgültig. Über seine Zweckmäßigkeit sind nachher bei den obengenannten Parteien selbst Zweifel aufgetaucht, die zu mehrfachen **neuen Bitten** führten, die dem Herrn Reichspräsidenten zum Teil sogar durch die bereitwillige **Vermittlung des Herrn Reichskanzlers** vorgetragen wurden. Der Herr Reichspräsident hat sich auch sogleich mit einer Vorverlegung des Empfangs auf einen Termin, der der Regierungserklärung vorausgehen könnte, einverstanden erklärt.

Die Annahme ist **irrig**, daß die Reichsregierung durch **vorzeitige Reichstagsauflösung** eine politische Aussprache im Reichstage zu verhindern wünscht. Die Reichsregierung sieht vielmehr einer solchen Debatte mit großem Interesse entgegen, weil sie sich von ihr eine sehr nützliche **Aufklärung des deutschen Volkes** verspricht, und weil sie keine Möglichkeit ungenützt lassen möchte, auch im Reichstag eine **Mehrheit** für ihr Programm zu finden.

Eine Erklärung des Reichswehrministers

Entgegen anderslautenden Gerüchten, die zur Zeit umlaufen, teilt Reichswehrminister General **von Schleicher** mit, daß er **nicht bereit ist, zu einer Verfälschung des Gedankens** einer **unabhängigen Präsidialregierung** durch ein tatsächlich von den Parteien gebildetes Kabinett die Hand zu bieten. Er betont, daß er es als eine Untreue gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten ansehen würde, wenn er irgendetwas tun würde, was den Bestand des heutigen Kabinetts gefährden könne.

Der Bundesvorstand des Stahlhelm begrüßt in einer Verlautbarung, daß der Reichspräsident die Führung des Staates vor Partei- und Sonderinteressen frei machte, und verlangt eine nationale Staatsführung, die sich auf sich selbst stellt und nur eine Verantwortung dem ganzen Volke gegenüber kennt.

Letzte Nachrichten

Vor der heutigen Reichstagssitzung

Die Regierungserklärung

VDZ. **Berlin**, 12. Sept. (Tel.) **Die zweite Sitzung des Reichstags begegnete beim Publikum wieder außerordentlich starkem Interesse, obwohl wenig Aussicht besteht, noch Karten zu erhalten. Auch der Anmarsch der Volksvertreter begann schon in den zeitigen Vormittagsstunden, da sämtliche Fraktionen vor dem Plenum Sitzungen abhalten. Für 1 Uhr ist der Ältestenrat des Reichstags einberufen, um die endgültigen Dispositionen für die Reichstagstagung festzulegen. In der Plenarsitzung, die um 3 Uhr beginnt, wird ausschließlich Reichskanzler v. Papen die Regierungserklärung verlesen.**

Wie es heißt, wird die Erklärung des Kanzlers **sehr ausführlich** sein und mindestens eine Stunde in Anspruch nehmen. Sie soll eine **umfassende Programmerklärung** der Regierung **auf allen Gebieten der Innen- und Außenpolitik** darstellen. Sicherlich wird der Kanzler dabei auch auf die zwischen Nationalsozialisten und Zentrum schwebenden Verhandlungen mit dem Ziele einer **Umbildung der Regierung** eingehen und dabei die Auffassung des Reichspräsidenten vertreten, daß das **gegenwärtige Präsidialkabinett** im Interesse einer ruhigen Fortentwicklung **unter allen Umständen erhalten** werden soll.

Nach den Vereinbarungen, die zwischen Nationalsozialisten und Zentrum am Samstag getroffen worden sind, soll die **Aussprache** über die Regierungserklärung **am Dienstag beginnen**. Ob diese Absicht aufrechterhalten wird, hängt von der Lösung der Frage des **Empfanges der Parteiführer** durch den Reichspräsidenten ab. In dieser Frage herrscht zur Zeit ein großes Durcheinander. Nachdem der Reichspräsident die Parteien für Dienstag eingeladen hatte, wurde am Samstag auf Wunsch der Parteien eine Vorverlegung des Besuches auf Montag vereinbart. Kurze Zeit darauf wurden auch diese Dispositionen wieder umgestoßen und die Parteien wünschten den Empfang erst für Donnerstag. Es ist nicht zu verkennen, daß dieser **wiederholte Wechsel der Wünsche der Parteien** beim Reichspräsidenten eine **gewisse Verstimmung** hervorgerufen hat, so daß zur Zeit ein neuer Termin für den Empfang überhaupt nicht festgesetzt worden ist.

Hauptausschuß des Reichsstädtebundes

CNB. **Berlin**, 12. Sept. (Priv.-Tel.) Der **Hauptausschuß des Reichsstädtebundes**, der Spitzenorganisation von 1570 **mittleren und kleinen Städten** mit einer Einwohnerzahl von 10 Millionen, nahm heute zu den aktuellen Fragen der Kommunalpolitik Stellung. In seiner Begrüßungsansprache protestierte der Bundespräsident, Oberbürgermeister Dr. **Belian**, dagegen, daß die Städte unter 10 000 Einwohnern durch die **letzte preußische Verordnung** unter die Dienstaufsicht der Landräte und die Verwaltungsgerichtsbarkeit der Kreisausschüsse gebracht worden sind und forderte, daß die preußische Regierung diese Bestimmung aussetzen möge, bis in Verhandlungen mit dem Reichsstädtebund als Spitzenvertretung der betroffenen Städte eine befriedigende Lösung gefunden sei.

Die Höhenrakete des Ingenieurs Winkler

CNB. **Swinemünde**, 12. Sept. (Priv.Tel.) Die Höhenrakete des Ingenieurs Winkler ist heute nach **Pillau** transportiert worden. Der ursprünglich auf der **Insel Greiswalder-Oie** geplante Start konnte nicht stattfinden, da, wie bekannt, die **staatlichen Stellen** die **Genehmigung versagt** haben. Die Rakete wird nunmehr in der Ostpreußischen **Frischen Nehrung**, südwestlich von Pillau abgeschossen werden. Die Behörden haben, wie der Erfinder mitteilt, die Genehmigung bereits erteilt. Der Start soll in den Tagen vom 20. bis 25. September vor sich gehen.

Der Krieg in Südamerika

Der Völkerbund zu dem Konflikt Bolivien-Paraguay

Der amtierende Präsident des Völkerbundes, **Matus**, hat am Samstag an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet, das auf die ernsthafte Verschlimmerung der Lage hinweist. Er hoffe, daß die beiden Regierungen in kürzester Frist zu Händen der Mitglieder des Völkerbundsrates und des Völkerbundes die Maßnahmen bekanntgeben, die sie **zur Beilegung** einer für den Weltfrieden gefährlichen Lage zu treffen gedenken. Der Völkerbund erwartet von den beiden Regierungen in nächster Zeit beruhigende Zusicherungen. Sie sollen daran erinnert werden, ihren Verpflichtungen als Mitglied des Völkerbundes nachzukommen.

*

Die **paraguayischen Truppen** melden, daß sie das **Fort Boqueron** wieder erobert und die vierte bolivianische Armee in die Flucht geschlagen haben. Sie machten 1200 Gefangene und erbeuteten elf Geschütze.

Massendemonstrationen der Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz haben am Sonntag in sechzehn größeren Städten stattgefunden, in denen gegen die beabsichtigten **Lohnsenkungen** in staatlichen und privaten Betrieben protestiert wurde. Die Versammlungen forderten die Durchführung größerer staatlicher Arbeiten, Erhöhung der Unterstützungen an die Arbeitslosen sowie eine Winterbeihilfe für die Arbeitslosen. Ferner wurde dem Krisenprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zugestimmt, das eine eidgenössische **Krisensteuer** aus größeren Vermögen und Einkommen zur Durchführung umfangreicher Notstandsarbeiten fordert. Die Demonstrationen verliefen überall ruhig.

Der Selbsthilfeplan der Rheinschiffahrt

Von Generaldirektor G. **Jaeger**, Mannheim

Mit den bereits in der „Karlsr. Ztg." behandelten Plänen zur Sanierung der Rheinschiffahrt beschäftigen sich die nachfolgenden Ausführungen:

Die in der Öffentlichkeit bisher erörterten Vorschläge zur Abhilfe des seit Jahren herrschenden Notstandes in der Rheinschiffahrt basieren letzten Endes darauf, daß die an der Rheinschiffahrt interessierten Staaten entweder laufend große **Geldbeträge** zur Verfügung stellen oder aber Verordnungen erlassen bzw. behördliche **Anordnungen** treffen, die praktisch dahin führen, daß das Hauptübel, der zu große Schiffsraum, verringert werde. Unter der Voraussetzung, daß die Staaten — in Betracht kommen: Schweiz, Belgien, Holland und Deutschland — zu diesen großen Geldopfern oder zu den behördlichen Zwangsmaßnahmen sich bereitfinden lassen, ist auf jeden Fall damit zu rechnen, daß die Durchführung dieser Hilfsmaßnahmen **geraume Zeit** in Anspruch nehmen wird, und daß diese Hilfe schließlich **zu spät** kommt.

Diese Überlegung rechtfertigt schließlich das Unterfangen, den **Gedanken einer Selbsthilfe der Rheinschiffahrt** im Wege **des Zusammenschlusses** noch einmal zur Diskussion zu stellen, obwohl ich mir voll bewußt bin, daß in den letzten Jahrzehnten alle derartigen Bestrebungen an der Uneinigkeit und den Interessengegensätzen scheiterten und die heutige Chance höchstens in der allmählich unerträglich gewordenen Lage weiter Kreise erblickt werden darf.

Mein Vorschlag lautet:

Die auf dem Rhein arbeitenden Reedereien ohne Unterschied der Flagge, beteiligen sich im Verhältnis ihrer Tonnage an **einer zu gründenden Gesellschaft**, die es übernimmt, möglichst den gesamten außerhalb der Gesellschaft stehenden, also vor allen Dingen den Einzelschiffern gehörigen Kahnraum anzumieten. Diese neue Gesellschaft bestimmt, wie viele dieser Mietschiffe stillgelegt und wie viele in Fahrt genommen werden. Ebenso übernimmt diese Gesellschaft die Bezahlung der gemieteten Schiffe. Ich denke mir, daß im Durchschnitt ein stillgelegtes Fahrzeug ¾c pro Tag und Tonne der Tragfähigkeit, die in Fahrt befindlichen Fahrzeuge im Durchschnitt 1¼c pro Tag und Tonne der Tragfähigkeit erhalten. (Bei den kleineren Fahrzeugen, vor allem bei Schiffen von 300 bis 700 Tonnen, werden die Sätze naturgemäß über dem Durchschnitt, bei Fahrzeugen von mehr als 1350 Tonnen unter dem Durchschnitt liegen müssen). Die Gesellschaft hat darüber zu wachen, daß zwischen dem Fahren und Stilliegen der Mietschiffe ein regelmäßiger gerechter Ausgleich stattfindet. Außerdem ist vorgesehen, daß bei der Erreichung einer gewissen Frachtbasis die Mietschiffer in einer angemessenen Weise an der Verbesserung der Marktlage teilnehmen. Zur Überwachung des Verhältnisses zwischen der Gesellschaft und den Mietschiffern wird ein paritätisch gebildeter Ausschuß vorgeschlagen, dessen Vorsitz vielleicht zweckmäßigerweise einer **neutralen** Persönlichkeit überlassen werden kann.

Es liegt auf der Hand, daß die Anmietung dieses vielleicht 4 Mill. Tonnen betragenden Schiffsraums erst dann wirksam wird, sobald sich mindestens neun Zehntel des gesamten außerhalb der Gesellschaft befindlichen Kahnraums auf den Mietvertrag der Gesellschaft verpflichtet hat. Es müßten an den einzelnen größeren Hafenplätzen von Basel bis Antwerpen Listen aufgelegt werden, in welchen die Schiffer sich eintragen. Wenn also nicht mindestens neun Zehntel sich schriftlich auf den Mietvertrag verpflichten, dann ist von keiner Verpflichtung der Gesellschaft die Rede, die Gründung der Gesellschaft wird überhaupt nicht vorgenommen, und der ganze Vorschlag muß als gescheitert angesehen werden; denn eine befriedigende Lösung ist nur möglich, wenn keine nennenswerte Anzahl von Outsidern auf dem Markt bleibt.

Ich glaube hoffen zu dürfen, daß ein Zusammenschluß weitaus der meisten Reedereien zu erreichen ist. Ob die **Einzelschiffer**, die heute durch ihre Organisationen in Deutschland und Holland in so lauter Weise nach Hilfe rufen, diese **angebotene Hand annehmen, bleibt abzuwarten**; jedenfalls übernehmen die Reedereien ein ganz gewaltiges Risiko und müssen unbedingt verlangen, daß infolgedessen auch die Partikuliere sich möglichst vollzählig beteiligen. Hier haben also die Organisationen der Einzelschiffer Gelegenheit, ihren Einfluß auszuüben. Gesetzt den Fall, daß wirklich eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit unter dem Druck der heutigen Verhältnisse zustande kommt, so ist es eine interne Frage der Gesellschaft, ob sie die gemieteten Schiffe, die **in Fahrt genommen werden sollen**, ihren Einzelmitgliedern (Reedereien) nach deren Bedarf überläßt oder ob sie diese Schiffe pro rata der Tonnage der Reedereien über diese letzteren verteilt. Auch ließe sich daran denken, daß die Gesellschaft selbst gewisse Massenguttransporte — wie Erz und Kohlen — selbst ausführt und dabei Reedereien und in Fahrt befindliche Partikuliere nach einem gewissen Schlüssel beschäftigt. M. E. sollte aber das Geschäft in den Händen der Reedereien verbleiben, so daß die Reedereien von der Gesellschaft den benötigten Mietschiffsraum anfordern und an die Gesellschaft bezahlen. Selbstverständlich ist der Mietbetrag, den die Reederei an die Gesellschaft zu bezahlen hat, wesentlich höher. Ich glaube, daß der Mindestsatz von 2c die Tonne und Tag ungefähr richtig gegriffen ist.

Angenommen, es könnte die Hälfte der Partikuliertonnage in Fahrt genommen werden, so würde die Vergütung, die die Reeder an die Gesellschaft bezahlen, die gesamte Miete decken, die die Gesellschaft an die Partikuliere zu zahlen hat; nämlich

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

1¾c für die Hälfte der Schiffe (die in Fahrt sind) und ¾c für die andere stilliegende Hälfte. Kann nur ⅓ der Partikuliertonnage beschäftigt werden, so reichen die 2c, die die Reedereien an die Gesellschaft bezahlen, nur zur Deckung des fahrenden Drittels und zur Deckung der Miete der Hälfte des stilliegenden Raumes, und die Gesellschaft selbst hat noch das Risiko für die zweite Hälfte des stilliegenden Teils, nämlich die Vergütung von ¾c die Tonne und Tag aufzubringen. Nach dem Rheingutachten ist der gesamte Schiffsraum über 300 Tonnen Tragfähigkeit (einschließlich der Motorschiffe und Güterboote) mit 7,2 Mill. Tonnen beziffert. Der Partikulierraum muß mit mindestens 4 Mill. Tonnen berücksichtigt werden, so daß also für 1,8 Mill. Tonnen die Vergütung von ¾c die Tonne und Tag — **das sind nicht weniger als 10 000 fl. den Tag!** — von der Gesellschaft aufzubringen ist, die letzten Endes diese Summe wieder auf die einzelnen Reedereien nach Maßgabe ihrer Beteiligung oder ihres Eigenraumes umlegt. Da dieser Eigenraum der Reedereien mehr als doppelt so groß ist als das stilliegende Drittel, so bedeutet diese finanzielle Verpflichtung der Reederei, daß diese etwa 0,3c den Tag und Tonne von der Rente ihres Schiffsraums abzugeben hat. Wenn man also den Gedanken ins Auge faßt, die Rheinfrachten auf der (in früheren Zeiten durchweg als niedere, wenn nicht niederste Schiffsmiete bezeichnete) Basis der Schiffsmiete von 2c die Tonne und Tag für die nächste Zeit zu stabilisieren, so bedeutet dies für die **Reederei nur eine Fracht auf der Basis von 1,7c den Tag und Tonne des Eigenraumes.**

Es liegt auf der Hand, daß die zu schaffende Organisation, was die Regulierung des Frachtenmarktes anlangt, in den Grenzen bleiben muß, die durch die Konkurrenz von Eisenbahn und Auto gezogen sind. Ebenso kann das Frachtenniveau nicht derartig gesteigert werden, daß die Verlader (die schließlich aber doch der Rheinschiffahrt die Existenz lassen müssen) sich über unbillig überhöhte Frachten beim Staat oder in der Öffentlichkeit beklagen. Ich kann mir infolgedessen nicht denken, daß für die Zeiten der wasserreichen Monate die Frachtenhöhe sich wesentsich über der Basis von 2c je Tonne und Tag hinaus bewegen wird. Nur in den wasserarmen Monaten darf (wie dies ja von jeher in der Rheinschiffahrt der Fall gewesen ist) mit einer entsprechenden Aufwärtsbewegung der Frachten, also auch mit einer Erhöhung der Frachtenbasis, gerechnet werden. Dabei ist bekannt, daß die Frachtenerhöhung bei Niederwasser für den Reeder ja nicht gleichbedeutend ist mit einer größeren Frachteinnahme, vielmehr ist die Frachterhöhung nur ein Ausgleich dafür, daß bei dem niedrigen Wasser der Kahnraum nur bis zu einem gewissen Teil ausgenutzt werden kann. Diese Zahlen beweisen, daß die Reedereien sich zu einem großen Risiko und einem großen Opfer bereitfinden müssen, wenn sie der Partikulierschiffahrt die obengenannten Mietzahlen für die Zeit der Krise anbieten.

Wie die **Frachtregulierung im einzelnen** für die Folge stattfinden kann, ist ebenfalls wieder eine interne Frage der Gesellschaft. An und für sich müßte schon nach dem Grundsatz von Angebot und Nachfrage und vor allen Dingen infolge der Höhe der Schieffsmiete, die die Reedereien an die Gesellschaft mit 2c bezahlen, die Höhe der künftigen Mindestfracht sich regeln. Ich glaube jedoch nicht, daß ohne die Schaffung einer Konvention mit Frachtausschüssen, die an den verschiedenen größeren Plätzen von der Gesellschaft ins Leben zu rufen wären, auszukommen ist. Selbstverständlich sind außer vorstehenden grundlegenden Gedanken noch eine Reihe **Einzelheiten** zu lösen, die m. E. keine Schwierigkeiten mehr bereiten werden. Ich denke an das Zusammenarbeiten mit den Schleppbetrieben, an die Sonderstellung der Motorschiffe und Güterboote, an die Sonderregelung des Basler Rheinverkehrs usw.

Die Kernfrage ist und bleibt, ob die Partikuliere den erforderlichen Gemeinschaftssinn aufbringen und mitarbeiten. Diese letztere Frage bereitet übrigens bei dem von holländischer Seite gemachten Vorschlag (die stilliegenden Fahrzeuge aus staatlichen Mitteln zu bezahlen) die gleiche Schwierigkeit; **denn bei dem holländischen Vorschlag wird den stilliegenden Schiffen ein wesentlich schwierigeres Opfer zugemutet.** Der Schiffer eines stilliegenden Fahrzeuges, der sich mit der kleinen Staatsvergütung begnügt, muß zusehen, wie sein Kollege, der in Fahrt bleibt, an der durch die Organisation des Stilliegens entstehenden Frachtverbesserung teilnimmt, also möglicherweise ein gutes Auskommen findet, während er, der Stilliegende, untätig verbleibt und auf die geringe staatliche Unterstützung angewiesen ist. Das kann unmöglich lange gut tun. Der holländische Vorschlag erfordert m. E. ebenfalls ein Zusammenwirken aller Partikuliere, um einen Turnus einführen zu können, nach dem **jedes Schiff** im Jahre eine gewisse Zeitlang fährt und eine entsprechende Zeit stilliegt. Das Zusammenwirken aller Schiffahrttreibenden ist also hier das gleiche Erfordernis wie bei meinem Vorschlag.

Die französische Antwort auf die deutschen Abrüstungsforderungen wurde am Sonntag in Berlin dem Reichsaußenminister überreicht. Die Note wird am morgigen Dienstag veröffentlicht.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe

Bunter Abend

Als letztes Präsent vor Toresschluß überraschte die Sommeroperette ihre vielen Besucher noch mit einer mehr kabarettistischen Angelegenheit in der Form eines **„Bunten Abends“**. So ziemlich alles, was gerade noch anwesend war, ward in diesen lustigen Querschnitt miteinbezogen, und wenn auch mancher sichtlich bedauerte, daß etwa Leo Macher oder auch Eva Schwarz, die sich schon früher verabschiedet hatten, nicht mehr dabei waren, so beeinträchtigte das doch kaum die allgemeine Stimmung, die allmählich sogar zu hellster Begeisterung anwuchs.

Das Programm, mühelos und in ungezwungenen Übergängen sich abwickelnd, half nicht minder über den Abschiedsschmerz hinweg, der doch eigentlich beim Ende einer Spielzeit vorherrschend sein sollte. Man genierte sich nicht einmal, besonders darauf in diversen Schlußstrophen hinzuweisen. Trotzdem half die theatralische Leidenschaft, selbst wo sie ans Gemüt rühren wollte, auch darüber hinweg und schuf Höhepunkte von jenen Ingredienzien, bei denen der Jubel des Hauses wiederholt auf seinem Gipfel angelangt schien. Wir nennen aus der Reihe begabter Frauen, denen das gelang, nur **Ida Bauer** und **Adele Eberl**, aber mit nicht minder bemerkenswertem Eifer waren bei der bunten Sache **Egid Toriff, Karlheinz Löser** sowie **Alfred Fierment**, also die ausgesprochen männlichen Liebhaber des Publikums, denen sich noch **Karl Mehner, Otto Schnitzer** und **Kurt Schöntaler** anschlossen. Natürlich überrumpelte auch das **Ballett**, an dessen Spitze sich erstmals **Ferry Dworack** als neuer Leiter vorstellte, wieder durch fest zupackende und auf liebenswürdige Abwechslung abgestellte Dreingaben, während **Rudolf Schmitthenner** als Konferencier auf eine Ansage bedacht war, die Humor mit der aus dem Anlaß gegebenen Sentimentalität geschickt verband. Nicht vergessen sei zum Schluß noch **Kurt Stern**, der das Orchester sehr forsch exerzierte und dies mit allen von dem Regisseur **Emil Reißner** verlangten Situationen in schöne Übereinstimmung brachte.

H. Sch.

Große deutsche Saarkundgebung am Deutschen Eck

Die 12. Tagung des Bundes der Saarvereine

Tausende und Abertausende von deutschen Volksgenossen waren am Sonntag nach **Koblenz** geströmt, um an der großen deutschen Saarkundgebung des „Bundes der Saarvereine“ am Deutschen Eck teilzunehmen. Der feierliche Verlauf dieser großartigen Veranstaltung war ein neuer lebendiger und eindrucksvoller Beweis für die unlösliche Zusammengehörigkeit des Saargebietes mit dem deutschen Mutterland.

Den Höhepunkt der Tagung bildete die **Kundgebung** am **Deutschen Eck**, an der ungezählte Tausende teilnahmen. Vaterländische Verbände waren hierzu geschlossen mit ihren Fahnen in großer Zahl aufmarschiert. Auch aus dem **Saargebiet** waren zahlreiche Teilnehmer erschienen.

Im Anschluß an die Festansprache von Pfarrer **Wehrden** (Saar), verlas Verwaltungsdirektor Theodor **Vogel** eine **Entschließung**, in der es heißt: „Die Fremdherrschaft, die dem Volk an der Saar aufgezwungen wurde, verletzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Alle Zwecke, die der Versailler Vertrag mit der besonderen Saarregelung verfolgte, sind restlos überholt. Das Volk an der Saar hat eindeutig und einmütig fortgesetzt die **Rückkehr** des Saargebietes unter die deutsche Herrschaft gefordert. Es hat dreizehn Jahre vergeblich auf die Berücksichtigung seines klar zutage liegenden Willens gewartet und rüstet sich nunmehr zu der im Versailler Vertrag vorgesehenen **Volksabstimmung.** Dann wird sich kein Zweifel mehr über seinen Willen hervorwagen können. Die Brüder und Schwestern im Reich schauen mit Bewunderung auf den Kampf für Volkstum und Freiheit, der an der Saar geführt wird und schwören den Volksgenossen Treu um Treue!“

Jubelnd stimmte die Menge in das Hoch auf das deutsche Vaterland ein und weihevoll erklangen über den deutschen Rhein hinweg die ersten Klänge des niederländischen Dankgebetes, mit dem die eindrucks- und weihevolle Kundgebung ihren Abschluß fand.

*

Der **Reichspräsident** hat an den Bund der Saarvereine nach Koblenz folgendes Telegramm gesandt:

„Dem zu seiner 12. Jahrestagung an historischer Stätte versammelten Bund der Saarvereine entbiete ich herzliche Grüße und beste Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der Tagung. Möge der sehnliche Wunsch, in dem sich das deutsche Volk mit seinen Brüdern und Schwestern an der Saar einig ist, der vollen Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem gesamten deutschen Reich **bald in Erfüllung gehen!**

gez. von Hindenburg, Reichspräsident.“

Das „Fest der deutschen Schule“

Im Berliner Stadion

Der Verein für das Deutschtum im Auslande veranstaltete Sonntag nachmittag im Grunewaldstadion in **Berlin** eine machtvolle **Kundgebung** unter der Losung: „Für die **deutsche Schule im Ausland**“. Es sprachen u. a. Oberbürgermeister Dr. **Sahm**, Reichsminister a. D. Dr **Geßler** und Reichsinnenminister Freiherr **v. Gayl.** Der Reichsinnenminister verlas ein Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Feier als machtvolles Bekenntnis zum deutschen Volkstum diesseits und jenseits der Reichsgrenzen zur Festigung der Bande dienen, die uns mit unseren deutschen Brüdern im Auslande verbinden. Freiherr v. Gayl erklärte u. a.: Nur wenn wir die Begeisterung solcher Stunden nutzbar machen der künftigen Arbeit, dann werden die Millionen deutscher Volksgenossen auch den Halt und die Stütze haben, die sie brauchen, um den schweren Kampf zu bestehen, **in mehr als 30 fremden Ländern** um unseres Volkes Zukunft und ihr eigenes Leben.

Den Höhepunkt der Darbietungen bildete ein **volksdeutsches Bewegungsfestspiel** unter dem Titel „Volk will zu Volk“, das von Schülern und Schülerinnen der Berliner Volksschulen und einiger höherer Schulen aufgeführt wurde. Nicht weniger als 3600 Schüler und Schülerinnen und 500 Mitglieder der Trachten-Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften und Volkstrachten aller deutschen Stämme wirkten bei diesem Spiel mit.

Grenzland-Kundgebung in Zweibrücken

Zu einer großen Grenzlandkundgebung gestaltete sich am Sonntag in **Zweibrücken** die Feier der Enthüllung eines **Denkmals** für **Ebert, Erzberger und Rathenau,** der etwa 15 000 Teilnehmern beiwohnten.

Chefredakteur **Braun,** Saarbrücken, Mitglied des Saarländischen Landesrates, hielt die Weiherede, die in einem Treubekenntnis zum Reich, Nation und Volk gipfelte. Die Zentrumspartei, die Deutsche Staatspartei und die Sozialdemokratische Partei ließen Kränze niederlegen. Auf einer anschließenden Grenzlandkundgebung auf der Rennwiese bezeichnete u. a. der frühere preußische Innenminister **Severing** die heutigen Verhältnisse in der Reichshauptstadt als nur vorübergehend, trat für die Revision der Versailler Bestimmungen ein und mahnte die Erschienenen, sich bereit zu halten für die Verteidigung von Demokratie. und Republik. Reichstagsabgeordneter **Roth,** Mannheim, wandte sich scharf gegen den Beschluß des Zweibrücker Stadtrats, das Denkmal nicht zu übernehmen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Der für heute Nacht in Friedrichshafen vorgesehene Start des Luftschiffes **„Graf Zeppelin“** zu einer weiteren **Südamerikafahrt,** bei der diesmal das Luftschiff bis nach Rio de Janeiro fahren wird, ist **verschoben** worden, da ein Verlassen der Halle bei dem überaus heftigen Westwind, der seit Sonntag früh herrscht, nicht angebracht erschien. Der Start soll in der Nacht zum Dienstag erfolgen.

In der Nähe des Ringbahnhofs **Berlin-Tempelhof** stürzte ein **Sportflugzeug** ab, in dem sich ein hiesiger Südfrüchtegroßhändler und seine Ehefrau befanden. **Beide Insassen** wurden **schwer verletzt.**

Der polnische **Sieger im Europa-Rundflug, Zwirko,** ist Sonntag früh 8 Uhr auf einem Flug nach Prag bei **Teschen** mit einem Flugzeug abgestürzt. Zwirko und der ihn begleitende Konstrukteur des Flugzeuges „R. W. D. 6“, mit dem Zwirko seinen Sieg im Europaflug gewann, Ingenieur **Wigura,** waren **auf der Stelle tot.** Das Flugzeug geriet bei dem starken Gewitterwind ins Trudeln und konnte von dem Piloten nicht mehr rechtzeitig in die Gleichgewichtslage gebracht werden.

In der Nähe von **Zürich** stürzte am Sonntagabend ein **Sportflugzeug** ab. Die beiden Insassen, Ingenieur Kerschbaum und sein Begleiter von Känel, waren sofort tot.

Die **„fliegende Familie“ Hutchinson,** die den Atlantik überqueren wollte, mußte am Sonntag etwa 30 Viertelmeilen von der grönländischen Radiostation **Angmagsalik** notlanden. Auf SOS-Rufe des Flugzeuges hin, begab sich der Dampfer „Lord Talbot“ an die Unfallstelle, konnte jedoch von dem Flugzeug **nichts entdecken.** Der Fischdampfer sucht nun in südwestlicher Richtung.

Französisch-amerikanische Marnefeier

Reden Herriots und Edges

Die Stadt **Meaux** war am Sonntag der Schauplatz einer großen **französisch-amerikanischen Erinnerungskundgebung,** in deren Mittelpunkt die Einweihung eines auf amerikanische Initiative zurückgehenden **Denkmals** zur **Erinnerung an die Marneschlacht** stand. Die bedeutendsten der dabei gehaltenen Reden waren die **Herriots** und des amerikanischen Botschafters in Paris, **Edge.**

Herriot wies die Frankreich vorgeworfene kriegerische Gesinnung zurück und erklärte, daß die Schäden des Krieges verständig denkenden Leuten die Besorgnis Frankreichs begreiflich erscheinen lassen müsse, wenn es von gewissen gefährlichen Kundgebungen höre.

Edge bezeichnete das Denkmal als Symbol für die **unzertrennliche Entente** und **beständige Freundschaft** zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich.

Der französische **Kriegsminister** hat auf einem Bankett, das der Denkmalenthüllungsfeier in Meaux voranging, erklärt, Frankreich werde nicht zulassen, daß die übrigen Nationen aufrüsten, und Frankreich somit gezwungen würde, seinerseits aufzurüsten.

*

WTB. **Paris,** 12. Sept. (Tel.) Fast die gesamte Presse äußert sich zustimmend zu den Reden. So meint „Ere Nouvelle“: Gewiß sind wir Anhänger der Abrüstung und gehen mit gutem Beispiel voran, aber nicht so, daß unsere Sicherheit und damit der Frieden selbst dadurch gefährdet werden könnten. Das ist der französische Standpunkt. Kann er auch jenseits des Ozeans verstanden werden? Die Coty-Presse ist der Auffassung, es wäre wünschenswert gewesen, wenn Herriot an Deutschlands Adresse energischere Worte gefunden hätte. Der sozialistische „Populaire“ übt scharfe Kritik an den Reden. Botschafter Edge habe typisch so wie ein Diplomat gesprochen. Paul Boncours Ausführungen seien enttäuschend gewesen, weil er wiederum das bekannte Lied von der Sicherheit gesungen habe. Leider sei auch Herriots Rede nicht klarer.

Mussolini über die Berechtigung der deutschen Forderung

Der „Börsencourier“ veröffentlicht unter der Überschrift **„Deutschland ist im Recht“** einen Artikel **Mussolinis,** in dem Mussolini die Forderung Deutschlands auf Gleichberechtigung auf dem Gebiete militärischer Rüstungen anerkennt und hervorhebt, daß die Signatarmächte des Versailler Vertrages ihrem Versprechen, ihren Rüstungsstand dem Deutschlands anzugleichen, bis jetzt noch nicht nachgekommen seien.

Kurze Nachrichten

Dr. Konrad von Preger, Bayerns Gesandter beim Reich, stimmführender Bevollmächtigter Bayerns im Reichsrat, tritt am 1. Dezember wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Er kam 1919 von Weimar, wo er Bayerns Interessen bei der Nationalversammlung wahrzunehmen hatte, als Nachfolger des Grafen Lerchenfeld nach Berlin. Während des Krieges war er vom Reich als politischer Referent nach Polen entsandt und amtierte zugleich als stellvertretender Reichskommissar in Ober-Ost.

Die Deutsche Staatspartei. Der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei faßte nach eingehender Aussprache den Beschluß, die Partei aufrechtzuerhalten. In einer **Entschließung** heißt es: „Die Deutsche Staatspartei ist zur Zeit die einzige Partei, in der das freiheitlich-nationale Bürgertum seine politische Heimat findet. Der Vorstand bekundet die Bereitschaft der Partei, sich an einer umfassenden Bewegung zu beteiligen, die den freiheitlichen Kräften des deutschen Volkes die Machtstellung erringt, auf die sie Anspruch haben.“

Der Haus- und Grundbesitz zum Zinsproblem. Die Reichsausschüsse des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine haben sich in ihren Sitzungen vom 8. bis 10. September 1932 eingehend mit dem Zinsproblem befaßt. Sie haben eine allgemeine Entlastung des Volksbesitzes in steuerlicher Hinsicht, Reichskredite für Hypothekenrückzahlung sowie eine systematische Senkung des Pfandbriefzinses verlangt.

Lohnsenkung bei den amerikanischen Eisenbahnen. Der Ausschuß der amerikanischen Eisenbahnverwaltungen hat eine Gehalts- und Lohnsenkung von 20 Prozent für alle Eisenbahnbeamten und Angestellten empfohlen, die am 1. Februar 1933 in Kraft treten soll. Man rechnet mit einem heftigen Widerstand seitens der Eisenbahnergewerkschaften.

In der Ziehung der **Preuß. Süddeutschen Klassenlotterie** entfiel die **Prämie von 500 000 RM.** auf das mit 1000 RM. gezogene Los Nr. **341 976.** Das Los wurde in der ersten Abteilung in der Provinz Brandenburg, in der zweiten Abteilung in Westfalen in Achtellosen gespielt.

Kleine Chronik

In **Duisburg** hat ein gewisser **Becker** den Goldschmied Buchholz erschossen. Er gab bei seiner Vernehmung an, daß er in Halle a. d. S. den Arzt Dr. **Boes** in seinem Sprechzimmer erschossen habe. Auch Dr. Boes habe zu den Männern gehört, die mit seiner Frau Beziehungen unterhalten hätten.

In der Nacht zum Sonntag kam es in **Hörde** (Westfalen) mehrfach zu politischen Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. Ein Polizeibeamter wurde leicht verletzt. Später gerieten die Parteien nochmals aneinander, wobei einige Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist verletzt wurden.

Am Sonntag zwischen 14 und 15 Uhr, ist der Führer der NSDAP. der Gruppe **Gleiwitz-Zernik, Rolle,** der als **Untersuchungsgefangener** im Groß-Strelitzer Krankenhaus sich einer Operation unterziehen sollte, aus diesem während der Besuchszeit **geflüchtet.** Er ist mit einem Auto, in dem sich uniformierte Nationalsozialisten befanden, fortgefahren.

Um eine weitere Verbreitung der **spinalen Kinderlähmung** zu verhindern, hat das Provinzialschulkollegium in Stettin die **Schließung sämtlicher höheren Schulen Pommerns** ab Donnerstag bis zum 3. Oktober angeordnet.

Der **Nachlaß Ivar Kreugers** zählt **1170,6 Millionen Kronen Passiva** und 98,4 Millionen Kronen Aktiva.

Über **Marseille** ging ein schweres Gewitter nieder, das in kurzer Zeit alle Straßen unter Wasser setzte. Im Weichbild der Stadt **stürzten mehrere Häuser** ein **Drei Personen werden vermißt.**

Der Besitzer des im **New-Yorker Hafen** verunglückten Fährbootes **„Observation“,** Alexander **Forsythe,** wird nach Wiederherstellung von seiner Verwundung verhaftet werden, da er verdächtig ist, an dem Unglück schuld zu sein.

In der Nacht zum Sonntag haben Banditen einen nach Süden fahrenden Zug der **Mandschurischen Bahn** zum Entgleisen gebracht. Sie plünderten die 600 Passagiere des Zuges völlig aus. **100** von ihnen wurden **teils getötet, teils verletzt.** Am Sonntagfrüh vier Uhr ist ein Hilfszug mit Ärzten und Krankenpflegern nach Charbin abgesandt worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus den Ländern

Koalitionsverhandlungen auch in Württemberg?

Wie die „Südd. Zeitung" berichtet, war früher beabsichtigt, den **württembergischen Landtag** zu einer kurzen Sitzung für Anfang September zusammen zu berufen. Diese Absicht wurde aber jetzt anscheinend fallen gelassen, weil man auch in Württemberg erst die politische Entwicklung in Berlin abwarten will. Das Blatt fragt, ob auch in Württemberg die **Koalitionsverhandlungen** zwischen den **Nationalsozialisten** und dem **Zentrum** aufgenommen werden sollen.

Wie die „Südd. Zeitung" weiter meldet, wird Mitte nächster Woche in Berlin eine Besprechung sämtlicher Finanzminister der Länder stattfinden. Nach der Bekanntgabe der wirtschaftlichen Notverordnung der Reichsregierung mißt man dieser Finanzministerkonferenz große Bedeutung bei.

Ministererklärungen zur Lage in Thüringen

Über das Thema „Die Not von Land und Volk in Thüringen und ihre Überwindung" sprachen am Freitagabend in **Weimar** vor 3000 Personen die **thüringischen Minister.**

Der Finanzminister bezeichnete die Finanzlage Thüringens als trübe und kündigte zum Schluß des Rechnungsjahres einen **weiteren Fehlbetrag** in Höhe von **zehn Millionen** Reichsmark zu den bestehenden Fehlbeträgen der vergangenen Jahre in Höhe von 32,9 Mill. Reichsmark an.

Der Volksbildungsminister erklärte, er wolle nicht etwa in Thüringen ein neues Schulsystem einführen, aber die alte Form müsse mit einem neuen Geiste, nämlich dem **nationalsozialistischen,** erfüllt werden. Schließlich kündigte der Minister an, daß in den letzten Jahrgängen der Volksschulen, der mittleren und höheren Schulen während des letzten Vierteljahres der Versailler Vertrag in mehreren Wochenstunden behandelt werden solle.

Der Vorsitzende der thüringischen Staatsregierung, Staatsminister **Sauckel,** kündigte an, daß alle, die noch in Arbeit stehen und die noch Besitztum und Geld haben, schwerste Opfer bringen müßten, um die Mittel zur Durchführung eines **Landesarbeitsdienstes** zu beschaffen. Bis zum Sommer nächsten Jahres sollten 10 000 junge Thüringer im Landesarbeitsdienst organisiert sein.

Badischer Teil

Die Schlichterkonferenz in Karlsruhe

Über die am Freitag in Karlsruhe stattgefundene Konferenz des Reichsarbeitsministers Dr. **Schaeffer** meldet die „Badische Presse" ergänzend, daß die Anregungen, die der Minister aus dem Kreise der Schlichter entgegennahm, sich vor allem auf die Frage bezogen haben sollen, ob noch **weitere Ausführungsbestimmungen** zu der Regelung von seiten der Reichsregierung erforderlich seien. Diese Frage sei von den Schlichtern bejaht worden, weil sie der Ansicht seien, daß sich in der Praxis nähere Bestimmungen kaum vermeiden lassen würden, um der Öffentlichkeit ein klares und deutliches Bild der fraglichen Punkte zu geben. Damit sollen auch Weiterungen und Streitigkeiten vermieden werden.

Wie das Blatt meldet, hat der Minister diese Anregungen zur Kenntnis genommen und wird in Zusammenarbeit mit anderen Stellen und seinen Sachbearbeitern die Frage des Erlasses einer Ausführungsverordnung noch überprüfen. An wichtiger Stelle der Konferenz stand die Frage der **Kurzarbeit,** die vor allem von dem Schlichter für Südwestdeutschland vorgebracht wurde.

Badische Gesellschaft für Arbeitsbeschaffung

Unter dem Ehrenvorsitz des badischen Staatspräsidenten ist in **Waldshut** durch die Initiative des Herrn **Girolstein** und unter Mitwirkung eines größeren Kreises namhafter Persönlichkeiten, die **„Badische Gesellschaft für Arbeitsbeschaffung** e. V." im Entstehen begriffen. Sie soll sich — wie bereits mitgeteilt — über das ganze badische Land erstrecken, Bezirks- und Ortsgruppen unterhalten und die Angehörigen von Wirtschaft, Landwirtschaft, Handel sowie des privaten und öffentlichen Rechtes umfassen. Ziel ist: auf gemeinnütziger Grundlage Arbeit für alle Bevölkerungsschichten zu schaffen. Die Gesellschaft will versuchen, dem Schrumpfungsprozeß im Wirtschaftsleben Einhalt zu gebieten, den Althausbesitz vor dem Ruin zu bewahren und dadurch dem weiteren Verfall des Steueraufkommens begegnen. Wie die Finanzierung dieses Planes vor sich gehen soll, darüber sind noch Verhandlungen im Gange.

Im Bezirk **Waldshut** ist die Vorarbeit bereits soweit gediehen, daß eine Bezirksstelle gegründet wurde, welcher Landrat Dr. Hofheinz vorsteht. Mit einer Anzahl von Gemeinden konnte die Gründung von Ortsgruppen und die Abhaltung von Aufklärungsvorträgen in Aussicht genommen werden.

Aus der badischen Landwirtschaft

Verbilligtes Hühnerfutter. Der Verband der deutschen Geflügelzüchter hat zusammen mit den Geflügelmischfutterfabriken über die Abgabe weiteren verbilligten Geflügelfutters folgende Vereinbarung getroffen. Ein **Gemisch** von zwei Fünftel Inlandsweizen und 3 Fünftel Mais wird auf dem Wege über die Geflügelmischfutterfabriken zu einem **verbilligtem Preis** den Geflügelhaltern abgegeben, und zwar je 20 Pfund pro Huhn, Henne oder Hahn. Der Preis errechnet sich aus dem Großhandelspreis für Inlandweizen und dem mit 2 RM Monopolabgabe und 25 RM. Zoll belasteten Auslandsmais, was einen **Durchschnittspreis von 8,50 RM.** pro Zentner ergibt. Das Futter wird nur auf von der **Reichsmaisstelle** herausgegebenen Bezugsscheinen ausgegeben. Geflügelhalter, welche selbst Getreide im Umfange von mehr als 1 Hektar Weizen oder Gerste bauen, erhalten die verbilligte Getreidefuttermischung nur dann, wenn sie mehr als 100 Hühner haben. Dabei werden die ersten 100 Stück Hühner nicht mitgerechnet. Der Züchter, welcher von der Verbilligung Gebrauch machen will, muß bei seinen Futtermittellieferanten ein Antragformular einfordern, welches er dann von der Gemeindebehörde ausfüllen lassen muß. Der **Bund oberbadischer Geflügelzüchter** hat die neue Abmachung mit besonderer Genugtuung aufgenommen.

Ein Rekordversand Bühler Frühzwetschgen. Wie noch in keinem Jahre zuvor zeigten die letzten Wochen in **Bühl** ein derart lebendiges Treiben. An manchen Tagen trafen in Bühl bis zu 30 Lieferautos ein, während der Augustwochen zählte man auf den Großobstmärkten mehr als 500 Lieferautos. An einigen Tagen wurde mit einer Anfuhr von über 6000 Ztr. ein Rekord erreicht, an vielen Tagen wurden aus Bühl und Umgebung 4—5000 Ztr. angefahren. Jedenfalls trafen während des Monats August und Anfang September mehr als 150 000 Ztr. Frühzwetschgen auf den Großobstmärkten ein, die restlos Absatz fanden. Bemerkenswert ist auch, daß von den Händlern gute Preise bezahlt wurden, was darauf schließen läßt, daß in anderen Gegenden eine Mißernte zu verzeichnen war.

Erster Bürgermeister a. D. Robert Ritter in Mannheim 70 Jahre alt

Erster Bürgermeister i. R. Robert **Ritter** in Mannheim, kann am 13. September in voller geistiger und körperlicher Frische seinen 70. Geburtstag begehen.

Der Jubilar ist aus der höheren kameralistischen Laufbahn hervorgegangen. Ritter ist im Jahre 1885 als Finanzpraktikant recipiert worden. Im Jahre 1889 wurde er als Hauptamtskontrolleur bei der Zollabfertigung in Basel angestellt. Schon im November des gleichen Jahres erfolgte seine Ernennung zum Assessor und als Kollegialmitglied im Kath. Oberstiftungsrat. Im März 1893 erhielt Ritter den Titel Oberstiftungsrat. Er trat im Januar 1895 in den Staatsdienst zurück und wurde Obereinnehmer bzw. Bezirkssteuerinspektor in Tiengen. Der Dezember 1896 brachte seine Versetzung zur Wasser- und Straßenbaudirektion, womit die Versehung des Staatswirtschaftl. Referiatats verbunden war. Im Februar 1897 erfolgte seine Ernennung zum Kollegialmitglied der Wasser- und Straßenbaudirektion mit dem Titel Regierungsrat.

Mitte des Jahres 1898 ist Herr Ritter zweck Übernahme der zweiten Bürgermeisterstelle der Hauptstadt **Mannheim** aus dem Staatsdienst beurlaubt worden. Nach kurzer Zeit konnte Herr Ritter durch das Vertrauen der Bürgerschaft infolge der Wahl des Ersten Bürgermeisters Paul Martin zum Oberbürgermeister in die **erste Bürgermeisterstelle** der Hauptstadt Mannheim aufrücken. Erster Bürgermeister Ritter, der Finanzreferent der Hauptstadt Mannheim war, hat ganz außerordentliches geleistet. Seinem Referat waren u. a. die städtischen Betriebe, wie auch Einrichtungen, an denen die Stadt beteiligt ist, unterstellt. Er hatte die Oberleitung über die immer in guter Erinnerung bleibenden Mannheimer Ausstellungen. Herr Ritter war lange Jahre Vorsitzender des **Badischen Sparkassen- und Giroverbandes;** außerdem gehörte er den engeren Kollegien des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und dem Aufsichtsrat der Deutschen Girozentrale in Berlin an. Im Weltkriege war Herrn Ritter ein bedeutendes Kommando im Feindesland übertragen.

Erster Bürgermeister i. R., Ritter, erhielt in der Vorkriegszeit vom Großherzog das Ritterkreuz des Ordens Berthold I. und das Ritterkreuz I. Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen. Hinzu kommen 8 weitere Auszeichnungen verschiedener Länder und die im Krieg verliehenen Orden und Auszeichnungen.

Zum Fall Daubmann

Oskar **Daubmann** will, wie aus **Endingen** berichtet wird, seine persönlichen Bemühungen um völlige Aufklärung seiner Angelegenheit in der nächsten Zeit persönlich weiter betreiben, wie er dies bei seinen letzten Vortragsabenden in Karlsruhe und Schwetzingen auch ausgesprochen hat. Er beabsichtigt, auch an der Tagung des Kyffhäuserbundes teilzunehmen und will auch sich bei den zuständigen Stellen in Berlin in seiner Sache sich bemühen.

*

Ein Vertreter der **Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener** äußerte sich vor Pressevertretern über den Fall Daubmann. Die Prüfung des 40 Seiten langen Protokolls über die durch die badische Polizei vorgenommene Vernehmung Daubmanns habe ergeben, daß es sich vielleicht um einen ganz ungewöhnlichen Einzelfall handele, wenn auch eine ganze Reihe von Angaben als unwahrscheinlich angesehen werden müßten. Als **völlig unmöglich** könnten die Angaben Daubmanns jedenfalls trotz einzelner Zweifel nicht bezeichnet werden.

Der Vertreter der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener befaßte sich dann mit den Angaben Daubmanns im einzelnen. Es müsse als unwahrscheinlich bezeichnet werden, daß sich Daubmann während seines Aufenthalts im französischen Lazarett nicht auf irgend eine Art und Weise mit den Schwestern oder Insassen des Lazaretts verständigt habe. Unwahrscheinlich sei es auch, daß Daubmann eine so lange Zeit, nämlich über zehn Jahre, in Einzelhaft gewesen sein soll. Unwahrscheinlich sei ferner, daß er ein Kriegsschiff von einem Handelsschiff nicht unterscheiden könne, umso mehr, wenn man bedenke, daß nur ein Mann von einer gewissen Intelligenz eine so schwierige Flucht bewerkstelligen könne. Man müsse sich ferner fragen, warum Daubmann die Namen derjenigen Personen, mit denen er in Berührung gekommen sei, nicht nennen wolle. Unwahrscheinlich sei ferner, daß er den Namen des deutschen Dampfers in Neapel nicht mehr wisse.

Gemeindezusammenlegung. Die Gemeinden Wilfingen, Happingen, Hierbach, Vogelbach und Niedermühle bei Waldshut sollen zur Gemeinde **Wilfingen** und die Gemeinden Wolpadingen, Finsterlingen, Fröhnd und Hierholz zur Gemeinde **Wolpadingen** vereinigt werden. Bisher wurden Ergebnisse allerdings nicht erzielt und es bleibt abzuwarten, welche Schritte die Regierung in dieser Vereinigungsangelegenheit unternehmen wird.

Aus der Landeshauptstadt

Verbreitung der Kanzler-Rede durch den Rundfunk. Die heutige Reichstagsrede des Kanzlers wird heute abend von 19.30 bis 20.30 Uhr in der Stunde der Regierung von Wachsplatten über alle deutschen Sender übertragen.

Neue Winterhilfsaktion in Karlsruhe. Im Laufe dieses Monats werden sich die zuständigen Stellen und karitativen Organisationen der Landeshauptstadt mit der Aktion der Winternothilfe befassen. Neben einer Verbilligung von Fleisch, Kohlen, Brot, Milch und Kartoffeln ist vor allem an eine Erweiterung der Speisungen gedacht, die im vergangenen Winter von den verschiedenen Organisationen mit großem Erfolg durchgeführt wurden. — Weiter soll wiederum eine großzügige Landes-Winternothilfe organisiert werden.

Zigarettenpapierschmuggler ertrunken. Vor wenigen Tagen wurde berichtet, daß in der Nähe von Wintersdorf ein Paddelboot mit zwei Insassen aus Mainz gekentert sei. Der eine Insasse vermochte sich zu retten und erklärte, er müsse annehmen, daß sein Gefährte ertrunken sei. Diese Vermutung hat sich nun bestätigt, denn der zweite Mitfahrer, der 65jährige Martin Austadt von Mainz, ist oberhalb Maxau treibend als Leiche aufgefunden worden. Er wurde somit ein Opfer des Zigarettenpapierschmuggels.

Anläßlich der Kirchweihe in Rintheim kam es in vergangener Nacht gegen 24 Uhr in einer Wirtschaft in **Rintheim** durch politische Meinungsverschiedenheiten zu einer Schlägerei. Ein 24 Jahre alter Maurer wurde dabei so erheblich verletzt, daß seine Überführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen: Eine große Zyklone ist während der beiden letzten Tagen im Norden Europas vorübergezogen. Dabei setzten am Samstagabend im ganzen Lande Niederschläge ein. Am Sonntag war es meist wieder größtenteils ziemlich heiter geworden, doch blieb das Wetter noch windig und wurde etwas kühler. Da nach Abzug der Zyklone sich hoher Druck von Westen her nach dem Festlande vorschiebt, steht wieder trockenes aber zunächst sehr mäßig warmes Wetter bevor. **Voraussage:** Ziemlich heiter, vorwiegend trocken und abflauende Winde Temperaturen vorerst wenig verändert.

Wasserstände: Waldshut 233 minus 5, Basel fehlt, Kehl 244 minus 3, Maxau 394 minus 8, Mannheim 264 minus 6, Caub fehlt.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim,** 11. Sept. In einer Sitzung des Mannheimer Ortskartells des Mittelstandes wurde die Frage eines **Lichtstreiks** im kommenden Winter erwogen. Die **Gewerberaummieter** wollen unter keinen Umständen den Lichtpreis von 42 Rpf. pro Kilowatt bezahlen. Andererseits sind die Städt. Werke nur bereit, denjenigen Gewerberaummietern eine Ermäßigung zu gewähren, die dunkle Räume haben, in denen auch untertags Licht gebrannt werden muß.

DZ. **Mörsch** (Amt Ettlingen), 12. Sept. Heute morgen ½2 Uhr, wurde ein Brand im Ökonomiegebäude des Straßenwarts a. D. Joseph **Gerstner** bemerkt, der sich sehr rasch verbreitete und die Scheune, sowie einen Schuppen einäscherte. Im Wohnhause, das vom Ökonomiegebäude durch eine Brandmauer getrennt ist, wurde der alleinstehende **Besitzer** am Boden liegend **bewußtlos aufgefunden.** Die Bettdecke und einiges Weißzeug waren angekohlt. Der 72jährige Mann ist kurze Zeit danach **gestorben.** Wie ärztlicherseits festgestellt wurde, ist der Tod durch **Ersticken** eingetreten.

bld. **Ottenhöfen,** 10. Sept. Die **Totengedenkfeier** des Badischen **Schwarzwaldvereins** wird am Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 2 Uhr, am Heldendenkmal des Vereins in Allerheiligen abgehalten.

bld. **Freiburg i. Br.,** 12. Sept. Landtagsabgeordneter **Schill** aus Merzhausen hat seinen Posten als Aufsichtsratsvorsitzender der **Breisgauer Milchzentrale** niedergelegt. Er begründet seinen Rücktritt mit der Erklärung des **Freiburger Stadtrats,** daß die **Stadt** auf die Preisgestaltung der Milch einen maßgebenden Einfluß nicht mehr auszuüben vermag.

DZ. **Villingen,** 10. Sept. Das „Villinger Volksblatt" berichtet über folgenden Vorgang: Am Freitagmorgen kam ein **SA.-Mann** in die **Redaktion** des „Villinger Volksblattes" und verlangte Auskunft über den Verfasser eines bestimmten Artikels. Als der anwesende Redakteur **Jäger** auf das Redaktionsgeheimnis hinwies, verlangte der SA.-Mann die Einstellung solcher Artikel gegen die Nationalsozialisten. Wie das Blatt weiter meldet, drohte er dem Redakteur für künftige Fälle tätliche Strafe an. Als Redakteur Jäger antwortete, er werde gegebenenfalls Schritte bei der Staatsanwaltschaft unternehmen, bekam er von dem Mann mehrere **Schläge ins Gesicht.**

bld. **Neustadt i. Schw.,** 12. Sept. Sonntag abend ereignete sich an der Straßenkreuzung Lenzkirch—Friedenweiler **wieder ein schwerer Verkehrsunfall.** Zwei Motorradfahrer stießen aus noch unbekannter Ursache zusammen, wobei sämtliche **vier Personen schwer verletzt** wurden. Es handelt sich um die Eheleute Dilger aus Falkau und den Chauffeur **Oskar Weser** aus Friedenweiler. Der vierte Verletzte konnte noch nicht identifiziert werden. Sämtliche Verletzte wurden nach dem Neustadter Krankenhaus verbracht.

bld. **Albbruck,** 12. Sept. Am hiesigen **Kraftwerksbau** bemerkte ein Arbeiter, daß durch die feuchte Witterung **elektrischer Strom** aus der Leitung in das **Eisengerüst kam. Er verließ** den Bau, um Meldung zu machen. Während er weg war, bestieg der Zimmermann Bernhard **Tuschwer** das Gerüst und kam mit dem Eisen in Berührung. Er wurde auf **der Stelle getötet.** Tuschwer hinterläßt eine Frau und vier Kinder. Das ist der dritte tödliche Unfall am eigentlichen Werkbau und der **siebte tödliche Unfall,** seit die Arbeiten überhaupt im Gange sind.

DZ. **Bad Dürkheim,** 12. Sept. Die Einladung der Stadt Bad Dürkheim **„In Dürkheim ist Wurstmarkt"** hat in der Pfalz und ihren Randgebieten einen ungeheuren Widerhall gefunden. Bei Eröffnung des großen Weinmarktes und zum Einzug der Hallenmusiken am Samstagnachmittag waren schon Tausende von Besuchern in der festlichen Stadt. Riesig war die Besucherzahl, die am Sonntag durch Autos und Omnibusse gekommen war. Der Sonntag brachte herrliches Wetter. Das Hauptkontingent der Besucher stellte neben Baden, Hessen und Württemberg das Saargebiet. Für beide Wurstmarkttage, den Samstag mit 25 000 Besuchern geschätzt, dürften 70 000 Menschen auf dem Volksfest gewesen sein. Nach den bisherigen Meldungen ereigneten sich nur zwei Verkehrsunfälle, bei denen es aber nur leichte Verletzungen gab.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	12 September		10. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	76.02	76.18	76.02	76.18
Italien . . 100 L.	21.61	21.65	21.61	21.65
London . 1 Pfd.	14.67	14.71	14.68	14.72
New York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schweiz . . 100 Fr.	81.16	81.32	81.17	81.33
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Ernannt:

Stadtoberschulrat Ernst **Hofmann** in Pforzheim zum Kreisoberschulrat in Heidelberg; Schulrat Emil **Reichel,** beim Kreisschulamt Karlsruhe, zum Kreisschulrat in Stockach, und Schulrat Anton **Weber,** beim Stadtschulamt in Freiburg, zum Kreisschulrat in Waldshut; Gewerbeschulassessor Dipl.-Ing. Dr. Guido **Baumann** an der Gewerbeschule in Gaggenau zum Studienrat an der Gewerbeschule in Säckingen; Gewerbeschulassessor Dipl.-Ing. Ernst **Schäfer** an der Gewerbeschule in Todtnau zum Studienrat daselbst.

Versetzt in gleicher Eigenschaft:

Kreisoberschulrat Julius **Orsinger** in Baden nach Freiburg, sowie Kreisschulrat Karl **Merk** in Stockach nach Baden.

Studienrat Alfred **Schey** von der Handelsschule in Überlingen an die Handelsschule in Pforzheim.

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Hauptlehrer Max **Krezdorn** in Bollschweil, Amt Staufen.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:

Oberrechnungsrat Konrad **Zimmermann** an der Universitätskasse in Freiburg.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zentralhandelsregister für Baden

Baden-Baden. C.368

Handelsregistereintrag Abt. B Bd. II O.-Z. 9: Firma **Brenner-Hotel-Aktiengesellschaft** i. Baden-Baden. In der Generalversammlung vom 9. Juli 1932 wurde die Aenderung der §§ 5, 9, 10, 12—15, 17, 23 des Statuts beschlossen und dieses neu aufgestellt. § 9 letzter Satz lautet jetzt: Solange die Herren Kurt und Alfred Brenner zu Mitgliedern des Vorstands bestellt sind, ist jeder derselben befugt, die Firma allein zu zeichnen und zu vertreten. Durch Beschluß der gleichen Versammlung wurde das Grundkapital durch Einziehung von 200000 RM Aktien auf 1800000 RM herabgesetzt. Die Herabsetzung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr 1800000 RM, eingeteilt in 1800 auf den Inhaber lautende Aktien von je 1000 RM. Die Bekanntmachung über die Berufung der ordentlichen Generalversammlung muß im Deutschen Reichsanzeiger mindestens 14 Tage vor der Generalversammlung veröffentlicht werden; der Tag der Berufung und der Tag der Versammlung ist hierbei nicht mitzurechnen.

Baden-Baden, den 4. August 1932.

Bad. Amtsgericht. I.

Baden-Baden. C.378

Handelsregister Abt. B Bd. II O.-Z. 80: Firma **Schiele & Bruchsaler Industriewerke Aktiengesellschaft** in Baden-Baden. Die Prokura des Wilhelm Plaß in Baden-Baden ist erloschen.

Baden-Baden, den 2. August 1932.

Bad. Amtsgericht I.

Donaueschingen. C.385

In das Handelsregister A Band II O.-Z. 5 wurde heute eingetragen zu Firma **Metallwaren- und Fahrradölerindustrie Otilie Weißer** in Böhrenbach: Die Firma ist erloschen.

Donaueschingen, 27.7.32.

Amtsgericht.

Donaueschingen. C.386

In das Handelsregister B Band I O.-Z. 34 wurde heute eingetragen zu Firma **Getreidelagerhauszentrale der Baar, G. m. b. H.** in Hüfingen: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 16. Juli 1932 ist die Gesellschaft aufgelöst. Lagerhausverwalter Hans Lohrer ist Liquidator.

Donaueschingen, 3. 8. 32.

Amtsgericht.

Durlach. C.361

Handelsregister B. Eingetragen am 3. August 1932 zu Firma **Ritter A.-G.** in Durlach: Die Generalversammlung vom 10. Juni 1932 hat beschlossen, die nach Artikel VIII der Verordnung vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen §§ 7 und 9 Absatz 4 des Gesellschaftsvertrags wieder in Kraft zu setzen, und zwar § 7 in bisheriger, § 9 Absatz 4 (Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder) in abgeänderter Fassung.

Amtsgericht Durlach.

Emmendingen. C.391

Handelsregister A Band I O.-Z. 224 Seite 459, Firma **Schweizerische Zigarrenfabrik Johann Kautz** in Denzlingen: Dem Kaufmann Ludwig Kapfer in Denzlingen ist Einzelprokura erteilt.

Emmendingen, den 8. August 1932.

Amtsgericht.

Engen, Baden. C.393

Handelsregister A O.-Z. 37: Die Firma **Kilian Honold** in Hattingen ist erloschen.

Handelsregister A O.-Z. 122: Die Firma **Paul Küchler,** Landesproduktenhandlung in Ehingen ist geändert in „Paul Küchler jr., Landesprodukten-Großhandlung in Ehingen, Amt Engen (Baden)". Inhaber ist Paul Küchler jr., Landesproduktenhändler in Ehingen.

Engen, den 5. August 1932.

Amtsgericht.

Ettenheim. C.392

Handelsregistereintrag A Band I O.-Z. 155: Firma **Fritz Lienhard** in Ettenheim. Inhaber Fritz Lienhard in Ettenheim.

Ettenheim, den 9. August 1932.

Bad. Amtsgericht.

Freiburg, Br. C.362

Handelsregister

A Bd. IV O.-Z. 252: Firma **Bernhard Boos,** Freiburg i. Br., ist erloschen. Am 29. 7. 1932.

A Bd. X O.-Z. 170: Firma **Robert Boos** in Freiburg i. Br. Inhaber ist Kaufmann Robert Boos in Freiburg i. Br. Am 29. 7. 1932.

B Bd. III O.-Z. 39: Die **Oberbadische Versicherungs-Aktiengesellschaft** in Freiburg i. Br. hat durch Generalversammlungsbeschluß vom 24. Juni 1932 die durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 außer Kraft gesetzten Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags über die Zusammensetzung und Bestellung des Aufsichtsrats und über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats mit Ausnahme des letzten Satzes des § 18 wiederhergestellt. Am 26. 7. 1932.

Freiburg, Breisgau. C.400

Handelsregister Freiburg i. Br.

A Bd. I O.-Z. 46: Firma **Aug. Bühne & Cie.** in Freiburg: Die Prokura des Heinrich Sauer ist erloschen. Am 2. August 1932.

A Bd. I O.-Z. 42: Firma **J. Schafheutle** in Freiburg: Die Kaufleute Albert, Rudolf und Franz Schafheutle in Freiburg i. Br. haben das Geschäft von Kaufmann Josef Schafheutle erworben. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1932 begonnen. Die Prokura der Kaufleute Albert und Rudolf Schafheutle ist erloschen. Am 5. August 1932.

A Bd. II O.-Z. 74: Firma **Julius Marx,** in Freiburg. Julius Marx ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Am 5. August 1932.

B Bd. VI O.-Z. 36: Firma **Richard Schwickert Aktiengesellschaft** in Freiburg i. Br. Die durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 außer Kraft gesetzten Bestimmungen der §§ 7—12 des Gesellschaftsvertrages sind durch Generalversammlungsbeschluß vom 20. Juli 1932 wieder hergestellt worden. Am 5. August 1932.

B Bd. VI O.-Z. 86: Die **Zweigniederlassung Freiburg i. Br. der Firma Bayß & Freytag Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M.** ist aufgehoben. Am 5. August 1932.

B Bd. VII O.-Z. 25: **H. Sauer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stahlgroßhandlung, Freiburg im Breisgau mit dem Sitz in Freiburg i. Br.** Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Juli 1932 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb der Stahlabteilung der Firma August Bühnle & Cie. in Freiburg i. Br. sowie Erwerb und Vertrieb von Eisen, anderen Metallen und Gegenständen, die daraus hergestellt sind. Das Stammkapital beträgt 20000 RM. Geschäftsführer ist der Kaufmann Heinrich Sauer in Freiburg i. Br. Die Dauer der Gesellschaft wird zunächst auf 5 Jahre bestimmt. Wird die Gesellschaft nicht mindestens ein Jahr vor dem Ablaufe des Gesellschaftsvertrages gekündigt, so dauert sie jeweils für weitere 5 Jahre fort. Die Übernahme von Verbindlichkeiten der Stahlgroßhandlung August Bühne & Cie. ist ausgeschlossen. Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Am 6. August 1932.

B Bd. I O.-Z. 26: Die **Aktiengesellschaft Katholisches Vereinshaus** in Freiburg i. Br. hat in der Generalversammlung vom 24. Mai 1932 die Herabsetzung des Grundkapitals in erleichterter Form auf 50000 RM. beschlossen und gleichzeitig die §§ 4 und 5 (Grundkapital) und 10 Abs. 1 (Aufsichtsrat) der Satzung geändert. Am 9. August 1932.

Gernsbach, Murgtal. C.394

In das Handelsregister B Band I O.-Z. 1 wurde eingetragen **Badische Holzstoff- & Pappenfabrik** Obertsrot: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 15. Juli 1932 wurden die Bestimmungen in §§ 17, 18, 19 und 35 ff des Gesellschaftsvertrags, die zufolge Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 mit Beendigung der Generalversammlung außer Kraft traten, erneut wieder in Kraft gesetzt. § 21 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags wurde geändert.

Gernsbach, den 10. August 1932.

Bad. Amtsgericht.

Heidelberg. C.368

Handelsregister Abt. A Bd. VI O.-Z. 93: Die Firma **Karl Bernauer's Reformhaus** in Heidelberg ist erloschen.

Abt. B Bd. II O.-Z. 15 zur Firma **Dresdner Bank,** Geschäftsstelle Heidelberg in Heidelberg als Zweigniederlassung der Firma Dresdner Bank in Dresden: Die Prokura des Gustav Graap ist erloschen.

O.-Z. 65 zur Firma **Gemeinnützige Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mit beschränkter Haftung** in Heidelberg: Der Geschäftsführer Hans Wollthan ist gestorben. Alban Gabel, Direktor in Heidelberg, ist zum stellvertretenden Geschäftsführer bestellt.

Heidelberg, 4. Aug. 1932.

Amtsgericht.

Heidelberg. C.387

Handelsregister Abt. B Bd. V O.-Z. 15 zur Firma **Osmia Füllhalterfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Dossenheim: Karl Grimm, Kaufmann in Heidelberg, wurde zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch beide Geschäftsführer gemeinsam.

Heidelberg, 10. Aug. 1932.

Amtsgericht.

Kehl. C.388

Handelsregister. Firma **Joseph Hirtz** in Kehl. Inhaber Spediteur Joseph Hirtz in Straßburg: Dem Spediteur Alois Halter in Straßburg ist Einzelprokura erteilt.

Kehl, 5. August 1932.

Amtsgericht.

Kehl. C.395

Handelsregister. Firma **Kath. Honauer** in Stadt Kehl: Die Firma ist erloschen.

Kehl, den 6. August 1932.

Bad. Amtsgericht.

Konstanz, C.371

Handelsregister. A Band V O.-Z. 84. **Schmid & Menner,** Mützenfabrik in Konstanz, offene Handelsgesellschaft. Der Gesellschafter Kurt Schmid ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Und diese daher aufgelöst. Das Geschäft ist auf den bisherigen Gesellschafter Anton Menner übergegangen und wird von diesem unter der bisherigen Firma fortgeführt. 18. 7. 1932.

B Band II O.-Z. 41: **Chemische Produkte Schmies Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Konstanz: Der Geschäftsführer Hermann Schmies ist gestorben. Durch Gesellschafterbeschluß vom 19. Juli 1932 ist die Gesellschaft aufgelöst. Als Liquidator ist Eugen Schmies, Privat in Konstanz, Hussenstraße 29, bestellt. 21. 7. 1932.

B Band II O.-Z. 53: **Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft** Filiale Konstanz in Konstanz: Dem Direktor Ewald Patschke in Konstanz ist für die Zweigniederlassung Konstanz Prokura mit der Maßgabe erteilt, daß er befugt ist, die Firma der genannten Zweigniederlassung in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem Prokuristen der Gesellschaft oder mit einem Prokuristen der Zweigniederlassung Konstanz zu zeichnen. Die Prokura des Paul Schleicher ist erloschen. 22. 7. 1932.

A Band VI O.-Z. 5: **Wilhelm Schildknecht jr.** Molkerei in Konstanz. Inhaber Wilhelm Schildknecht jr., Milchhändler in Konstanz. Der Josefine geb. Blättler, Ehefrau des Milchhändlers Wilhelm Schildknecht jr. in Konstanz ist Prokura erteilt. Gegenstand des Geschäfts ist Molkerei und Handel mit Milch und Milcherzeugnissen. 4. 8. 1932.

Bad. Amtsgericht A I Konstanz.

Lahr, Baden. C.379

Handelsregister A Bd. II O.-Z. 249: Die Firma **Franz Schömbs** in Lahr ist erloschen.

Lahr, den 4. August 1932.

Bad. Amtsgericht.

Mannheim. C.354

Handelsregistereinträge vom 30. Juli 1932:

Dresdner Bank Filiale Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Dresdner Bank in Dresden: Arthur Schumacher, Moritz Loewy, Fritz Philips, Dr. Karl Wolfgang Wiethaus, Alfred Hahn, Rechtsanwalt Adolf Gaebelein, Rechtsanwalt Ewald Raaz, Hans Siemens, Hans Graf Henckel von Donnersmarck, Rechtsanwalt Werner von Richter und Hugo Zinßer, alle in Berlin, ist Gesamtprokura derart erteilt, daß ein jeder von ihnen gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen zeichnungsberechtigt ist. Weiter sind in gleicher Weise, jedoch unter Beschränkung auf die Zweigniederlassung Mannheim, zu Gesamtprokuristen bestellt: Hermann Fehn, Adolf Hille, Heinrich Bricke, Dr. Hans Gänßlen, Dr. Franz Limberger, Hermann Märdian und Jacob Wendel, alle in Mannheim.

Carl Mettler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Kaufmann Emil Hund in Saarbrücken ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Durch Gesellschafterbeschluß vom 2. Juni 1932 ist der Gesellschaftsvertrag in § 7 (Vertretungsordnung) geändert. Fortan steht nur noch den Geschäftsführern Arthur Süß und Emil Hund das Recht der Einzelvertretung zu.

Timagama-Werbeverlag, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. Mai und 22. Juli 1932 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung, der Vertrieb und Verlag von Neuheiten aller Art, auch Erzeugnissen oder Maschinen der graphischen Branche, Verwertung von Schutzrechten, insbesondere folgender Schutzrechte: a) Deutsches Reichsgebrauchsmuster 1 196 089 und etwaige Auslandsschutzrechte, b) Deutsches Reichsgebrauchsmuster 1 174 795 und etwaige Auslandsschutzrechte, c) Verfahren zum Auftragen einer gleichmäßigen dünnen Schicht von Farbstoff, Paraffin und dergleichen auf Papierblätter, gekennzeichnet durch Schleudern der Flüssigkeit auf die Papierblätter, zum Deutschen Reichspatent angemeldet, ferner die Herstellung und der Vertrieb von Artikeln für Reklamebedarf und Ladenverkauf, sowie auch Werbeberatung. Das Stammkapital beträgt 20000 RM. Emil Ernst Krug, Druckereibesitzer, Mannheim, Walter Dunkel, Kaufmann, Mannheim, sind Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Der Gesellschafter, Buchdruckereibesitzer Emil Ernst Krug in Mannheim bringt die oben bezeichneten Schutzrechte, sowie die Rechte der Verwertung derselben in die Gesellschaft ein. Durch dieses Sacheinbringen gilt die Stammeinlage dieses Gesellschafters in Höhe von 19000 RM. als geleistet. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Emil-Heckel-Straße 108/110.

Gebr. Strauß, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Albert Höfer, Mannheim: Die Firma ist geändert in „Palast-Kaffee „Rheingold" Albert Höfer.

August Schweickert, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Süddeutsche Radio-Vermittlung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Juli 1932 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation, der Bau und die Errichtung, sowie der Betrieb von Rundfunk- und Bildfunkvermittlungsanlagen aller Art, sowie die Beteiligung und der Erwerb anderer, der Radio- und Bildfunkvermittlung dienenden Unternehmungen, ferner der Handel mit den einschlägigen Apparaten, Instrumenten und sonstigem Zubehör. Das Stammkapital beträgt 20000 RM. Carl Schäfer und Friedrich Karl Bertaloth, beide in Darmstadt, sind Geschäftsführer. Dem Elektrotechniker Wilhelm Meffert in Darmstadt ist Prokura derart erteilt, daß er in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer zur Zeichnung der Firma berechtigt ist. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht. Geschäftslokal: Q 7. 26.

Bad. Amtsgericht F.-G. 4, Mannheim.

Mannheim. C.366

Handelsregistereinträge vom 3. August 1932.

Papyrus Aktiengesellschaft, Mannheim: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 15. Juli 1932 wurde der Vertrag vom 9. Juli 1932 mit der Zellstoffabrik Waldhof in Mannheim genehmigt, wonach das Vermögen der Gesellschaft als Ganzes auf die Zellstoffabrik Waldhof in Mannheim unter Ausschluß der Liquidation übertragen wird. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Rheinische Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Mannheim: Otto Wanieck ist als stellvertretendes Vorstandsmitglied ausgeschieden.

Wilh. Wolff Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Wilhelm Wolff ist nicht mehr Geschäftsführer.

Seebohm & Dieckstahl Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Marquis & Gaeßler Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ernst Gaeßler ist nicht mehr Geschäftsführer. Bankdirektor a. D. Fritz Marquis in Mannheim ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Durch Gesellschafterbeschluß vom 5. Juli 1932 ist die Firma geändert in Badische Beteiligungsgesellschaft Marquis & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Weinhaus Odeon Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Betriebsingenieur Wilhelm Müller in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.

H. Wiederhold, Rheinische Kohlen- und Holzvertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, in Liquidation, Mannheim. Die Firma ist erloschen.

Daajuma Brennstoff-Vertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Gesellschaft ist durch Gesellschafterbeschluß aufgelöst. Adolph Geiger in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.

Mannheim. C.396

Handelsregistereinträge vom 13. August 1932:

Adolf Strauß, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Christian Suttor & Co. Kommanditgesellschaft in Liquidation, Mannheim-Feudenheim. Die Firma ist erloschen.

Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mosbach, Baden, C.397

Handelsregister A Firma **Jos. Ochs,** Mosbach: Der Kaufmann Josef Ochs, Ehefrau Käte geb. Christmann in Mosbach ist Prokura erteilt.

Mosbach, den 12. 8. 1932.

Bad. Amtsgericht.

Mosbach, Baden. C.398

Handelsregister A Neueintragung. Firma **Hans Gimmy** in Mosbach.

Mosbach, 12. 8. 1932.

Bad. Amtsgericht.

Pforzheim. C.372.

Handelsregistereinträge. Vom 3. 8. 1932.

Firma **D. F. Weber,** Pforzheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Josef Güthlein in Pforzheim ist alleiniger Inhaber der Firma. Dem Kaufmann Werner Güthlein in Pforheim ist Einzelprokura erteilt.

Die Firmen **Holl & Weber,** und **Emil Riebel** in Pforzheim sind erloschen.

Firma **Papierfabrik Weissenstein A. G.,** Pforzheim-Dillweißenstein: Mit Beschluß der Generalversammlung vom 15. Juli 1932 wurden die nach Teil I Artikel VIII der Notverordnung vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags (§§ 16, 25, 33 d) wiederhergestellt; ferner wurde der Gesellschaftsvertrag in §§ 19 Absatz 2 und 21 (Berufung des Aufsichtsrats und Beurkundung seiner Beschlüsse) abgeändert. Auf den Inhalt des Beschlusses wird Bezug genommen.

Firma **Robert Speidel,** Apparatebau, Pforzheim: Die Prokuren des Friedrich Speidel alt, des Eugen Speidel und des Arthur Jäger in Pforzheim sind erloschen.

Firma **Rösch & Idstein,** Pforzheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter August Rösch in Pforzheim ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Prokura des Hermann Förschler besteht fort. Dem Techniker Walter Rösch in Pforzheim ist Einzelprokura erteilt.

Amtsgericht Pforzheim.

Radolfzell. C.399

Handelsregister A Band I O.-Z. 28. Firma **Albert Mattes,** Möbelfabrik in Radolfzell. Inhaber Albert Mattes, Schreinermeister in Radolfzell: Die Firma ist geändert in Albert Mattes & Söhne. Offene Handelsgesellschaft seit 8. August 1932. **Ernst Mattes,** Kaufmann in Radolfzell, und **Karl Mattes,** Innenarchitekt in Radolfzell, sind in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Sie haften für die Verbindlichkeiten der Firma Albert Mattes und ihres Firmeninhabers gleichen Namens nur für den Betrag von je 1000 RM. — eintausend Reichsmark —. Die Gesellschaft wird nur durch die Gesellschafter Ernst und Karl Mattes vertreten; jedem derselben steht die selbstständige Vertretung der Gesellschaft zu.

Radolfzell, den 12. August 1932.

Amtsgericht.

Rastatt. C.373

Handelsregistereintrag Abt. A Bd. II O.-Z. 22 zur Firma **Wilhem Kohlbecker,** Bazar in Gaggenau: Die Firma ist erloschen.

Rastatt, den 30. Juli 1932.

Amtsgericht.

Sinsheim, Elsenz. C.374

Handelsregister B Band I O.-Z. 12, **Gebrüder Botsch,** Aktiengesellschaft in Bad Rappenau: Emil Botsch ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

Sinsheim, Els., den 5. August 1932.

Amtsgericht.

Tauberbischofsheim. C.380

Handelsregistereintrag. Firma **Vereinigte Muschelkalksteinwerke Hehn & Waldherr** in Grünsfeld: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft wird von dem früheren Gesellschafter Steinbruchbesitzer Valentin Hehn in Grünsfeld unter unveränderter Firma fortgesetzt. Dieser ist jetzt alleiniger Firmeninhaber.

Tauberbischofsheim, den 30. Juli 1932.

Amtsgericht.

Weinheim. C.389

Handelsregistereintrag Bd. I O.-Z. 77, Firma **Julius Mayer** in Hemsbach: Die Firma ist erloschen.

Weinheim, 2. Aug. 1932.

Amtsgericht I.

Wertheim. C.364

Handelsregistereintrag B O.-Z. 26: Firma **Mainmühle, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** mit dem Sitz in Wertheim. Gegenstand des Unternehmens ist Pachtung und Betrieb der in der Stadt Wertheim a. M. gelegenen Weizenmühle und des Elektrizitätswerks „Kraftwerk Theilbach a. d. Tauber", sowie die Vornahme aller hiermit zusammenhängenden Geschäfte. Stammkapital: 100000 RM. Geschäftsführer Mühlendirektor Georg Stöhr in Mannheim, Kaufmann Wilhelm Schneeloch in Wertheim. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Juni 1932 in Berlin errichtet. Die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern erfolgt durch die Gesellschafterversammlung. Die Gesellschaft wird, wenn ein Geschäftsführer bestellt ist, durch diesen, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.

Wertheim, 3. Aug. 1932.

Amtsgericht.

Wertheim. C.390

Handelsregistereintrag A Band II O.-Z. 7, Firma **Dr. W. Hotz & Co.,** Rudolstadt, Zweigstelle Wertheim: Die Zweigniederlassung in Wertheim ist aufgehoben. Die Prokura des Otto Langguth und seiner Ehefrau Hedwig Langguth in Wertheim ist erloschen.

Wertheim, den 9. August 1932.

Bad. Amtsgericht.

Druck G. Braun, Karlsruhe